

Plenarrede der Landtagsabgeordneten Nicole Razavi (CDU) vom 7. März 2013

Aktuelle Debatte: „Impulse der Landesregierung nach der Aufsichtsratssitzung der Deutschen Bahn zur Sicherung der Chancen aus Stuttgart 21 – für Menschen, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung“

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Parlamente haben entschieden, das Volk hat entschieden und jetzt die Bahn. Warum streitet ihr weiter? Das war gestern die Frage einer Besuchergruppe. Die Menschen sind es leid! In der Tat. Damit muss jetzt Schluss sein. Bund und Bahn haben sich endgültig und eindeutig für Stuttgart 21 und damit für Baden-Württemberg entschieden. Für den Wirtschaftsstandort und für eine bessere Infrastruktur. Die CDU hier im Haus und draußen im Land begrüßt dies. Der Weg ist jetzt endgültig frei für bessere Verbindungen auf der Schiene im ganzen Land, dem Bau der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm, der Anbindung des Hauptbahnhofs an die Neubaustrecke, den Flughafen und die Messe und für die städtebauliche Entwicklung in der Landeshauptstadt.

Klar ist: Die Bahn muss Stuttgart 21 jetzt umsetzen: mit größtmöglicher Transparenz bei höchstmöglicher Leistung. Und wir erwarten, dass sie schnell die geplante Projektgesellschaft gründet. Mit der Entscheidung des Aufsichtsrats steht aber fest: Die Bahn steht zu ihrer Verantwortung. Heute wollen wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der Landesregierung wissen, ob auch Sie zu Ihrer Verantwortung stehen. Sie müssen jetzt Handlungsfähigkeit beweisen. Ihre Pflicht ist es, S 21 zu fördern und gemeinsam mit der DB AG umzusetzen, ob das dem Verkehrsminister, dem Oberbürgermeister von Stuttgart und allen anderen Gegnern gefällt oder nicht. Und zwar so schnell, so günstig und so leistungsfähig wie möglich. Ob Ihnen das gelingt und Sie dies auch wollen, daran gibt es Zweifel. Zu deutlich zeigen die Reaktionen von Grünen in Bund und Land, dass sie zum Einlenken nicht bereit sind. Ob Özdemir, Kuhn oder Hofreiter: Sie sind sich weiter einig in ihrer Ablehnung. Frau Künast versteigt sich sogar zu einer Drohung.

Noch am Dienstagmorgen verlangt Minister Hermann im Frühstücksfernsehen, dass die Bahnaufseher doch am besten gar nicht entscheiden und behauptet dreist, die Aufsichts-

ratsunterlagen seien falsch, der Aufsichtsrat würde nicht sorgfältig prüfen und wirbt weiter für Alternativen, die es nicht gibt. Und nach der Entscheidung sagt er, *„schon komisch, dass da nur einer dagegen stimmt.“* Das ist nicht komisch Herr Minister, das ist klug! Und Sie waren nicht erstaunt. Sie waren schlichtweg entsetzt, dass all ihre Aktionen, um S 21 noch zu stoppen, nichts genutzt haben. Dabei haben Sie wirklich nichts ausgelassen. Der Paarlauf mit Ihrem Nachfolger Hofreiter war perfekt. – Fast.

Treffend: Kommentar der Badischen Zeitung: *„Das hätte ihm gepasst, dem Linksaußen im Landeskabinett, wenn das Thema bis zur Bundestagswahl für agitatorische Zwecke offengeblieben wäre“* – *„Diese Taktik der einen Hälfte der Koalition, ..., ist nun endgültig gescheitert.“*

Vom Verkehrsminister hat niemand was anderes erwartet, vom Ministerpräsidenten schon. Dass aber auch Sie, Herr Ministerpräsident, laut Badischer Zeitung *„auf dem Tugendpfad politischer Geradlinigkeit und Rechtsstaatlichkeit“* straucheln würden, hat manche überrascht. Ihr Mantra: die Verträge und die Volksabstimmung gelten. Keine Ausstiegsdebatte! Ist spätestens seit Dienstag hinfällig und die grüne Doppelstrategie offensichtlich. Ihr Brief an Aufsichtsrat Kirchner zeigt, was von Ihren Bekenntnissen zu halten ist. Zum Thema Ausstieg und Alternativen schreiben Sie: *„Selbstverständlich würden wir uns an den dann notwendigen Gesprächen[...] beteiligen“*. Das ist mehr als ein *„beispielloser Affront“*. Ihr Angebot über Alternativen zu S 21 zu sprechen, ist der Bruch mit der Volksabstimmung. Sie sprechen immer wieder von einer Vertrauenskrise mit der Bahn. Dabei tragen Sie selbst zusammen mit ihrem Verkehrsminister dazu erheblich bei. Offensichtlich ist aber auch die Vertrauenskrise mit Ihrem Koalitionspartner.

„Schnappatmung in der grün-roten Koalition“ titelte gestern die Stuttgarter Zeitung, *„Unwürdiger Eiertanz“* das Handelsblatt.

Und wir fragen uns schon: In welchem Zustand ist diese Landesregierung, wenn Herr Schmiedel den Ministerpräsidenten erneut öffentlich gnadenlos rügt und der stellvertretende Ministerpräsident den Aufsichtsrat der DB anrufen muss und den Brief des Ministerpräsidenten für Humbug erklärt, um zu retten was zu retten ist? Wie lange lässt sich SPD eigentlich noch vorführen und zur Marionette degradieren? Handelsblatt stellt fest: *„Erfolgsmannschaften formt ein anderer Geist“*! Wer glaubt eigentlich noch daran, dass diese beiden bei S21 irgendwann ein gemeinsamer Geist verbinden könnte? Und Wer glaubt

denn noch daran, dass der Verkehrsminister in der Lage ist, das Projekt erfolgreich umzusetzen? Was wir erleben ist die Zerrissenheit einer Landesregierung und ihres Ministerpräsidenten: Zerrissen zwischen zwei Koalitionspartnern: der SPD dem offiziellen und den inoffiziellen S 21 Gegnern. Zerrissen zwischen politischer Vernunft und Ideologie Zerrissen zwischen seinen Anhängern und dem Votum der Mehrheit im Land und im Parlament. Das ist eine Zumutung fürs Land und seine Menschen.

Dabei gibt es doch gar keinen Zweifel mehr: Parlamente haben entschieden, das Volk hat entschieden und jetzt die Bahn. Immer mit demselben Ergebnis! Wie oft denn noch? Wann akzeptieren Sie, dass Sie und die Grünen hier im Haus und in der Bevölkerung eine Minderheit vertreten. An Stuttgart 21 ist nicht mehr zu rütteln. Jetzt stehen Sie in der Verantwortung. Sie müssen das Projekt aktiv mitgestalten. Sie müssen Ihre Blockadehaltung aufgeben und endlich ihrer Projektförderungspflicht nachkommen. Sie müssen die Chancen fürs Land, die Region und die Stadt, optimal nutzen.

Dazu gehört: die zweigleisige Westanbindung an den Flughafen, die Wendlinger Kurve, die Leit- und Sicherungstechnik und der Filderbahnhof Plus. Dabei gilt und das weiß jeder: wer bestellt bezahlt und wird sich an Mehrkosten für Verbesserungen beteiligen müssen, die nicht im Vertrag stehen. Auch OB Kuhn muss über seinen Schatten springen und aktiv seinen Beitrag leisten. Stuttgart profitiert erheblich von S 21 und den frei werdenden Gleisflächen. Auch wenn Kuhn bis dahin nicht mehr im Amt sein wird. Handeln Sie rasch. Sonst werden nicht nur zahlreiche Chancen vertan sein, den Bahnknoten optimal zu gestalten. Sie machen dann auch Schlichtung und Filderdialog zur Farce. Dahinter zurückzufallen wäre absurd. Jede weitere Verzögerung wird das Land teuer zu stehen kommen.

An dem was Sie heute sagen und morgen tun, Herr Ministerpräsident, wird abzulesen sein, ob Sie bereit und in der Lage sind, diese Verantwortung für das Land und seine Menschen zu tragen. Ob Sie weiter Mauern aufbauen oder bereit für Neues sind. Es geht aber eigentlich für Sie um noch viel mehr. Es geht um Ihr Demokratieverständnis, um Ihre Glaubwürdigkeit. Die CDU ist sehr daran interessiert, dass das Bahnprojekts Stuttgart – Ulm konstruktiv und konfliktfrei umgesetzt wird. Als größte Fraktion sehen wir uns wie bisher hierbei in der Pflicht.

Sie und wir alle brauchen eine breite Koalition, S 21 und damit den Volkswillen umzusetzen. Wir bieten Ihnen deshalb unsere Mitarbeit an. Lassen Sie uns in einer Arbeitsgruppe aus allen Fraktionen die Arbeit im Lenkungskreis gemeinsam begleiten und S 21 voranbringen. Spätestens jetzt wäre dies das beste Signal. Die Zeit dafür ist reif.